

Bodenseeerklärung



Wir, die Delegierten der IG Metall Friedrichshafen-Oberschwaben und Singen, stellen fest, dass wir auch während der Krise im Jahr 2009 handlungsfähig geblieben sind. Mit gewerkschaftlichen Instrumenten wie Kurzarbeit, Kurzarbeit und Qualifizierung, Flexikonten, Umweltpremie usw. konnten Massenentlassungen vermieden werden. Die Einkommen wurden ebenfalls gesichert. Wir haben Ausbildungsplätze gehalten und die Übernahme von Jugendlichen nach der Ausbildung zumindest befristet erreicht.

Wir können jedoch nicht darüber hinweg sehen, dass die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter die größten Verlierer in der Krise 2008/2009 waren. Sie wurden als erste entlassen. Die Leiharbeit liegt in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie auf hohem Niveau und hat fast den Höchststand des Vorkrisenjahres erreicht.

Am Ende des Jahres 2010 stehen folgende Forderungen auf unserer Agenda:

- Sicherung der Arbeitsplätze in der Region
- Investitionen in zukunftsorientierte Branchen
- Beibehaltung aller qualifizierten Ausbildungsplätze und der für Dual Studierende
- Übernahme aller Auszubildenden und Dual Studierenden nach Beendigung ihrer Ausbildung bzw. ihres Studiums
- Anspruch auf Weiterbildung für alle Beschäftigten, damit Qualifikation gesichert und Arbeitsplätze erhalten bleiben
- Leiharbeit verbieten, begrenzen und gestalten
Gleiches Geld für gleiche Arbeit.

Bei unseren Herbstaktivitäten mit zuletzt 45.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Demonstration am 13. November 2010 in Stuttgart haben wir uns eindeutig gegen das Sparpaket der Bundesregierung ausgesprochen. Auch wenn diese Regierung die Rente mit 67 beschlossen hat, sagen wir trotzdem. Dies ist eine Sackgasse! Wir brauchen auch in Zukunft flexible Zugänge zur Rente. Wir lehnen die Rente mit 67 als Rentenkürzungsprogramm ab.

Unsere Forderung lautet: 40 Versicherungsjahre sind genug!

Wir setzen uns für die Beibehaltung des Solidaritätsprinzips unseres Gesundheitssystems ein. Gesundheitsversorgung darf nicht von den Einkommensverhältnissen abhängen.

Wir lehnen die Kopfpauschale und Zusatzbeiträge ab, und sind für Regelungen gegen die Profitinteressen der Pharmaindustrie, der Apotheker und Ärzte. Wir wollen eine Bürgerversicherung, bei der alle Einkommensarten zur Finanzierung herangezogen werden.

Im Hinblick auf den Fachkräftemangel, den die Arbeitgeber ständig bejammern, setzen wir unsere Forderung nach mehr Ausbildungsplätzen und unbefristeter Übernahme. Zum Erhalt der Industriestrukturen in unserer Region brauchen wir mehr Mitbestimmung unter Einbeziehung aller Akteure in der Region. Die Prognos-Studie hat festgestellt, dass in unserer Region mit die besten Bedingungen für Forschung und Entwicklung herrschen. Dies soll auch in Zukunft so bleiben.

Deswegen werden wir mit den Beschäftigten der Rüstungsindustrie rund um den Bodensee Diskussionen über Produktkonversion beginnen und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen. Während der Krise haben sich die Arbeits- und Leistungsbedingungen für die Beschäftigten verschärft. Aufschwung für „Gute Arbeit“ findet nicht statt. Deswegen wird sich die IG Metall mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten im Jahr 2011 vor allen Dingen für eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und für eine bessere Regulierung der Leistungsbedingungen einsetzen.